

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Mit dem Lawenawerk wird die Eigenproduktion gesteigert

Der Selbstversorgungsgrad an elektrischer Energie ist in den letzten Jahren gesunken – die Projektierung der Rheinkraftwerke geht weiter

Der Stromverbrauch hat in den letzten Jahren in unserem Land stetig zugenommen. Allein im Jahre 1987 nahm der Stromverbrauch nach Angaben der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) gegenüber dem Vorjahr um 7,5 Prozent zu und stieg auf 196,1 Millionen Kilowattstunden (kWh) an. Mit der Erneuerung der Kraftwerkanlage Lawena, die künftig doppelt soviel Energie als bisher liefern wird, kann der Selbstversorgungsgrad wiederum leicht angehoben werden. Eine wesentliche Änderung der Energiesituation würden die geplanten Rheinkraftwerke bringen, doch stehen diesem Projekt erhebliche Bedenken aus dem Bereich des Umweltschutzes entgegen.

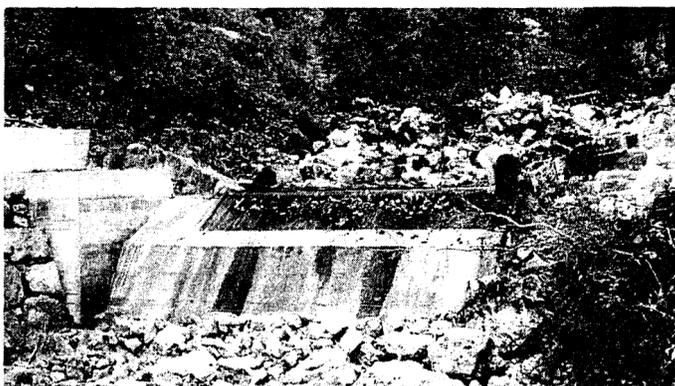
Neben den Erdölprodukten ist der elektrische Strom der zweitwichtigste Energieträger im Fürstentum Liechtenstein. Der Beitrag der Elektrizität an der Gesamtenergieversorgung des Landes beläuft sich auf ungefähr 22 Prozent. Doch der Bedarf an elektrischer Energie kann nur zum Teil durch die Eigenproduktion in den beiden Kraftwerksanlagen Samina und Lawena gedeckt werden. Wurden 1966 erst 56,1 Millionen kWh elektrischer Energie im gesamten Landesnetz verbraucht, so stieg der Bedarf 1976 auf 117,7 Millionen kWh an und erreichte 1986 bereits eine Höhe von 184,2 Millionen kWh.

Eigenproduktion gleichbleibend

Dem stark gestiegenen Bedarf an elektrischer Energie steht eine beinahe gleichbleibende Eigenproduktion gegenüber, da die vorhandenen Wasserkraftwerke in den Alpen weitgehend ausgenutzt sind. Die Eigenerzeugung belief sich im letzten Jahr noch auf 46,8 Millionen kWh, während der Zukauf von den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK) 148,1 Millionen kWh und von der Firma Jenny & Spoerry (Vaduz) 1,2 Millionen kWh betrug. Die Eigenproduktion erreichte damit lediglich einen Anteil von 23,9 Prozent am gesamten Stromverbrauch. Der Selbstversorgungsgrad ist, allerdings durch den Ausfall des Lawenawerks bedingt, weiter gefallen.

Leichte Steigerung der Eigenproduktion

Bereits im laufenden Jahr wird die Eigenproduktion und damit auch der Selbstversorgungsgrad etwas zunehmen, denn das mit einem Kostenaufwand von 11 Millionen Franken erneuerte und ausgebaut Lawenawerk soll nach den Berechnungen der LKW künftig 12 Millio-



Das Lawenawerk ist nach einer Erneuerungs- und Umbauphase wieder in Betrieb genommen worden. Unser Bild zeigt eine der neuen Wasserfassungen für das Kraftwerk, das in Zukunft 12 Millionen kWh (bisher 6 Millionen kWh) Strom im Jahr produzieren wird.

nen kWh (bisher 6 Millionen kWh) an elektrischem Strom liefern können. Am gesamten Energieverbrauch, der 1988 voraussichtlich die Marke von 200 Millionen kWh beinahe erreichen dürfte, macht diese Verdoppelung der Energieproduktion im Lawenawerk nur einen kleinen Anteil aus.

Rheinkraftwerke als Stromproduzenten

Eine weitere Steigerung der Eigenproduktion durch Erneuerung der bestehenden Kraftwerke und die Erfassung weiterer Wasserquellen in den Alpen erscheint

kaum mehr möglich. Hingegen würden, wie bereits vor Jahren bekannt wurde, die geplanten Rheinkraftwerke die Situation unseres Landes auf dem Sektor der elektrischen Energieversorgung entscheidend verändern und verbessern. Mit den vorgesehenen fünf Staustufen entlang der schweizerisch-liechtensteinischen Rheingrenze könnten nach dem Projektbericht jährlich rund 440 Millionen kWh Strom produziert werden. Die dem Land zustehende Hälfte dieser Eigenproduktion würde ausreichen, um das Land – theoretisch

übers Jahr gesehen – von Importen an elektrischer Energie unabhängig zu machen. Dass die Wasserkraftwerke den Nachteil besitzen, in der Zeit des grössten Strombedarfs am wenigsten Energie zu liefern, ist berücksichtigt und relativiert den Anspruch den Rheinkraftwerke, unser Land im Bereich der elektrischen Energie praktisch autark zu machen.

Umweltverträglichkeitsprüfungen werden gemacht

Um die Rheinkraftwerke ist es in letzter Zeit in der Öffentlichkeit etwas ruhiger geworden, nachdem während einiger Zeit vor allem die Frage der Umweltbelastung in Diskussion stand. Derzeit wird, wie LKW-Vizedirektor Walter Marxer auf Anfrage erklärte, der Entwurf für einen Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein ausgearbeitet. Ausserdem wird nach seinen Angaben eine Überarbeitung des Projektes sowie die Vorbereitung für die geforderten Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgenommen. Im Zentrum der Abklärungen steht dabei die Veränderung der Landschaft durch die Stauung des Gewässers sowie die Frage der Grundwassersituation. Während die einen Fachleute eine Bereicherung der Grundwassersituation prognostizieren, warnen die anderen vor einer Verschleppung der Dammwände und des Wasserbeckens, die nach ihrer Auffassung zu einer Verschlechterung der Grundwassersituation führen würde. (G. M.)

Jetzt kann die Parlamentsreform beginnen!

Schon im letzten Jahr wurde eine parlamentarische Kommission mit Reformaufgaben betraut

Die Zustimmung einer eher knappen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zur Erhöhung der Mandatszahl im Landtag hat den Weg zu einer umfassenden Parlamentsreform geebnet, für die es in der Vergangenheit bereits verschiedene Anläufe gegeben hat, ohne jedoch wirksam zu werden. Der Landtag hat am 29. April 1987 eine fünfköpfige Kommission bestellt, die Vorschläge über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsweise des Landtags zu erarbeiten hat.

Vor mehr als einem Jahrzehnt, am 7. Juli 1977, setzte die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) im Landtag gegen die Bedenken der Vaterländischen Union (VU) die Bildung einer Landtagskommission durch, die den Auftrag erhielt, Vorschläge für eine Parlamentsreform zu unterbreiten. Die Bestellung dieser Kommission war das Ergebnis des fehlgeschlagenen Versuchs der FBP, damals schon eine gemeinsame VU-FBP-Verfassungsinitiative zur Erhöhung der Mandatszahl auf 25 Abgeordnete im Landtag einzubringen. Die VU erklärte sich zu jenem Zeitpunkt nicht bereit, zu einer gemeinsamen Lösung der Frage Hand zu bieten.

Kommission tagte nie

Auch die 1977 bestellte Kommission konnte sich nie mit den ihr aufgetragenen Aufgaben beschäftigen, denn nach dem Wahlsieg der VU im Jahre 1978 wurde die Kommission im Landtag von der neuen Mehrheitspartei nie mehr erwähnt und auch nicht neu bestellt, obwohl der damalige FBP-Fraktionssprecher Dr. Peter Marxer eindringlich darauf hingewiesen hatte, dass «die Reform unseres Parlamentes eine Aufgabe ist, die unverzüglich in Angriff zu nehmen wäre.»

Die der Kommission aufgetragene Arbeit bestand darin, Vorschläge zu unterbreiten, die zur Straffung der Parlamentsarbeit und zur transparenteren Gestaltung gegenüber dem Volk führen könnten. Ausserdem sollte die Kommission die Frage untersuchen, wie die Stellung des Parlamentes gegenüber der Regierung und der Verwaltung gestärkt werden könnte. Ausserdem sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, die Vertretung des Volkes im Parlament zu verbessern, und erreicht werden, dass möglichst alle Gemeinden des Landes in künftigen Parlamenten vertreten wären.

Neue Kommission kann jetzt tagen

Diese Vorschläge wurden auch der ein Jahrzehnt später, am 29. April 1987, gebildeten Kommission mit fast identischen Formulierungen wieder unterbreitet. Nach VU-Vorstellungen sollte sich diese Kommission aber nicht mit der Landtags-erhöhung, sondern nach einer allfälligen Erhöhung (wie jetzt geschehen) mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsweise des Landtags befassen. Obwohl im Landtag von beiden Fraktionen die Eile dieser Reformarbeit unterstrichen wurde, hat diese Kommission unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten noch keine Sitzung abgehalten.

Doch nun scheint der Zeitpunkt gekommen, dass sich diese Kommission der vorgesehenen Reformarbeit widmet, denn mit der Zustimmung des Volkes wird der 1990 zu wählende Landtag nicht mehr 15, sondern 25 Abgeordnete umfassen.

Umfang der Reformarbeit

Obwohl die Kommission keiner Beschränkung bei ihrer Arbeit unterliegt, wie im Landtag bei ihrer Bestellung speziell unterstrichen wurde, ist der Reformbereich doch in etwa umrissen worden: Allgemeine Verbesserung der Geschäftsabläufe, Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Errichtung eines Landtagssekretariates, Vorgehen bei Anträgen wie Interpellationen oder Stellung und Funktion des Landesausschusses. (G. M.)

Kommission zur Parlamentsreform

Als Mitglieder für die Kommission des Landtags zur Reform unseres Parlamentes wurden am 29. April 1987 folgende Abgeordnete bestellt:

Dr. Karlheinz Ritter (VU)
Josef Biedermann (FBP)
Dr. Dieter Walch (FBP)
Hermann Hassler (VU)
Paul Kindle (VU)

Zahl der Aids-Kranken verdoppelt

54 Patienten auf eine Million Einwohner in der Schweiz

Bern (AP) Die Zahl der Aids-Kranken in der Schweiz hat sich 1987 gegenüber dem Vorjahr praktisch auf 355 verdoppelt. Bundesrat Flavio Cotti warnte am Montag vor der Presse aber vor einer Dramatisierung der Lage und bekräftigte, die Landesregierung werde trotz entschlossenem Kampf gegen die Virus-Krankheit nicht von ihrer liberalen Haltung abweichen. Weiter ergab eine Umfrage zum Erfolg der seit elf Monaten laufenden Stop-Aids-Kampagne einen guten Wissensstand über Aids und den Trend zu einem sichereren Sexualverkehr.

Bei weltweit rund 76 000 Aids-Kranken wurden in der Schweiz Ende des letzten Jahres 355 Fälle verzeichnet. Im Vorjahr waren es 192 gewesen. HIV-infiziert sind schätzungsweise 20 000 bis

30 000 Personen. Mit 54 Patienten auf eine Million Einwohner stehe die Schweiz in Europa an der Spitze, erklärte der Direktor des Bundesamts für Gesundheitswesen (BAG), Beat Roos. Es gebe keinen Grund daran zu zweifeln, dass 1988 in der Schweiz mit einer weiteren Verdoppelung der Krankheitsfälle und bis 1991 mit rund 3500 Aids-Kranken zu rechnen sei.

Bei zehn Prozent der Aids-Kranken (36) handelt es sich um Heterosexuelle, bei der grossen Mehrheit von 218 Fällen allerdings nach wie vor um homo- und bisexuelle Männer. In der Risikogruppe der Drogenabhängigen befinden sich 66 Kranke. Während bisher eine Aids-kranke Frau auf zehn Männer kam, erhöhte sich dieser Anteil auf eins zu drei.

KOMMENTAR

Die Rheinkraftwerke erscheinen für unser Land aus energiepolitischer Sicht recht verlockend, denn mit der prognostizierten Produktion würde der Bedarf an elektrischer Energie für das ganze Land mehr als abgedeckt. Auf der anderen Seite erheben sich jedoch Bedenken gegen die Errichtung von fünf Staustufen im Rhein entlang der schweizerisch-liechtensteinischen Staatsgrenze, da die Stauung des heute fließenden Gewässers zu einer Umwandlung der Landschaft führen würde. Bedenken sind auch hinsichtlich der Verschleppung, der Verschlechterung der Grundwasserverhältnisse, der Fischerei und der in der Umgebung angesiedelten Tier- und Pflanzenwelt aufgetreten.

Notwendig ist also, und zwar vor Erteilung einer Konzession, eine Umweltver-

Warum nicht vorwärts?

träglichkeitsprüfung. Diese Aufgabe hat das Konsortium – bestehend aus Projektfirma Motor-Columbus, Liechtensteinische Kraftwerke (LKW) und Nordostschweizerische Kraftwerke (NOK) – zu lösen, während die entsprechenden Fragen von den Regierungen des Fürstentums Liechtenstein und des Kantons St. Gallen erarbeitet wurden.

Doch warum in dieser Frage, die doch diesseits und jenseits des Rheins die Gemüter recht heftig bewegt, nicht eine Vorwärtsstrategie? Könnte nicht unser Land, das am Projekt (neben der Projektfirma) das grösste Interesse aus energiepolitischen Überlegungen besitzt, selbst die Dinge in die Hand nehmen und vor allem die Frage des Grundwassers mit Modellversuchen zu lösen versuchen?

Warum also nicht Fachleute oder Universitätsinstitute mit dem Studium und der Abklärung von Fragen beauftragen, die für unser Land, vor allem im Bereich des Grundwassers, von existentieller Bedeutung sind? Möglicherweise liegen am Schluss zwei Expertisen vor, jene des Konsortiums und jene des Staates. Unsere Existenz und unsere Umwelt sollte uns dies wert sein. (G. M.)

Goldmedaille für Andrea Verling!



Goldmedaille für Andrea Verling (TC Vaduz) bei den Schweizer Junioren-Tennis-Hallenmeisterschaften in Luzern: Die Vaduzerin kämpfte sich in der Kategorie III (14 Jahre und jünger) bis ins Finale vor und schlug dort die Tessinerin Beatrice Maconi problemlos mit 6:1, 6:3. Herzliche Gratulation! Bericht im Sportteil.

Wahldämpfer für FPÖ

Graz (AP) Erstmals seit der Wahl des Rechtskonservativen Jörg Haider zum Vorsitzenden der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) im Herbst 1986 hat die FPÖ am Sonntag bei einer Wahl einen deutlichen Dämpfer bekommen. Bei den Gemeinderatswahlen in der zweitgrössten österreichischen Stadt Graz verlor die FPÖ zwei ihrer bisher neun Sitze im Gemeinderat. Dem in der Nacht zum Montag veröffentlichten Endergebnis zufolge konnten die Sozialistische Partei (SPÖ) und die Volkspartei (ÖVP) dagegen ihre Position ausbauen. Eigentlicher Gewinner war eine konservative Bürgerliste.

**BURO
MARKER**
Büro-Systeme
9470 Buchs · 9490 Vaduz
Telefon 086/6 33 10